

Mag. Alexander Schallenberg

Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 26. September 2023

GZ. BMEIA-2023-0.557.635

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Juli 2023 unter der Zl. 15841/J-NR/2023 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Moratorium zum Rohstoffabbau in der Tiefsee“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *Welche Position vertritt Österreich bei den Gesprächen mit den restlichen EU-Mitgliedsstaaten bezüglich des Rohstoffabbaus in der Tiefsee?*
- *Sind vonseiten Österreichs weitere Schritte zur Unterstützung des Moratoriums und zum Schutz des Meeresbodens geplant?*
Falls ja: Welche Gespräche werden dazu im Außenministerrat geführt?
Falls nein: Warum nicht?

Bei diesen Gesprächen vertritt Österreich die Ansicht, dass kommerzieller Tiefseebergbau erst dann betrieben werden sollte, wenn im Sinne des Vorsorgeprinzips und des Ökosystemansatzes die Auswirkungen auf die Meeresumwelt, die biologische Vielfalt und die menschlichen Aktivitäten ausreichend erforscht sind, die Risiken bekannt sind und sichergestellt ist, dass durch die angewandten Technologien und Betriebspraktiken die Auswirkungen auf die Umwelt des Tiefseebodens möglichst gering gehalten werden. Österreich hat diese Ansicht bereits im Rahmen der Europäischen Union, der Versammlung der Meeresbodenbehörde sowie der Generalversammlung der Vereinten Nationen vertreten und wird diese auch weiterhin bei entsprechender Gelegenheit vertreten.

Zu Frage 3:

- *Wird Österreich bei der anstehenden ISA-Sitzung vom 30. Oktober bis zum 8. November 2023 teilnehmen?
Falls nein: Warum nicht?*

Nein, weil Österreich derzeit nicht Mitglied des Rates der Internationalen Meeresbodenbehörde ist.

Zu Frage 4:

- *Welche Position vertritt Österreich bei den Gesprächen mit den restlichen EU-Mitgliedsstaaten bezüglich des neuen Hochseeabkommens der Vereinten Nationen?*

Wie alle anderen EU-Mitgliedstaaten, hat Österreich die Ausarbeitung eines Hochseeschutz-Übereinkommens stets befürwortet und hat an dessen Ausarbeitung von Anbeginn aktiv teilgenommen. Die rezente Annahme des Hochseeschutz-Übereinkommens stellt einen Meilenstein im Rahmen der Vereinten Nationen in Bezug auf einen verstärkten Schutz der Meeresumweltschutz dar. Österreich hat deshalb am 20. September dieses Übereinkommen unterzeichnet.

Mag. Alexander Schallenberg